

1 Alarmierende Zahlen

Die demographischen Verhältnisse in Deutschland sollten uns alarmieren: Aktuell stehen 25 Millionen Rentnern sowie rund 35 Millionen Menschen über 50 Jahre nur etwa 11 Millionen Kinder gegenüber.¹

Daneben muss der deutsche Staat mehr als 6 Millionen Menschen finanzieren, die auf das Arbeitslosengeld II («Hartz IV») angewiesen sind.² Gleichzeitig wurden im September 2015 über 53 Prozent der Deutschen als erwerbstätig eingestuft, also rund 43 Millionen Menschen.³

2030 sollen es dann nur noch 37,5 Prozent sein. Für 2050 werden, ohne Zuwanderung, bereits lediglich 31 Millionen Erwerbstätige vorausgesagt.⁴

Wir reden hier von einem Rückgang von bis zu 29 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland in den nächsten 35 Jahren. Da diese Prognosen bereits heute schon so eintreten, wie sie Trendberechnungen vor einigen Jahren errechnet hatten, befindet sich Deutschland längst vor einer gewaltigen wirtschaftlichen Abwärtsbewegung. Wohlstand, wie wir ihn gegenwärtig kennen, wird unter diesen Voraussetzungen nicht mehr möglich sein. Auch die Zahl der Unternehmen und damit die Arbeitsplätze befinden sich weiterhin auf Talfahrt, und nichts deutet derzeit auf eine Verbesserung dieser Situation hin.

Deutsche Arbeitnehmer werden 2050 aller Wahrscheinlichkeit nach noch längere Anfahrten zu ihren Arbeitsstellen auf sich nehmen müssen, als es heute bereits der Fall ist. Auch die Zahl von Abwanderungen heimischer Arbeitskräfte ins Ausland nimmt in Zukunft höchstwahrscheinlich weiter zu, wodurch es zu einer zusätzlichen Verschärfung aus volkswirtschaftlicher Sicht kommen wird.

Gleichzeitig werden die Kosten im Land nahezu gleich bleiben.

Warum das der Fall ist, können wir am besten mit dem Beispiel einer Fabrik vergleichen: Wenn eine – sagen wir mal – Möbelfabrik nur noch die Hälfte der Mitarbeiter beschäftigt, wird ihre Produktion von Möbelstücken in einem vergleichbaren Verhältnis zurückgehen.

Gleichzeitig bleiben jedoch die Kosten nahezu gleich. Schließlich muss das Gebäude weiterhin beheizt, der Strom für die bestehenden Anlagen bezahlt und andere Kosten wie Grundstückskosten, Abwasser und vieles mehr müssen beglichen werden.

Wenn wir dieses Beispiel auf den Staat Deutschland umlegen, bedeutet dies, falls weniger Menschen in diesem Land leben, dass sich zunehmend die Finanzbelastung des Staates verschärft, da die Ausgaben nicht im gleichen Maße reduziert werden können.

Natürlich könnte man an dieser Stelle eine erneute Diskussion über die Gründe sinkender Geburtenraten und einer Überalterung der Gesellschaft beginnen, doch sie wird uns keinen Schritt auf eine nachhaltige Lösung hin führen. Schließlich können wir weder Menschen dazu zwingen, zusätzliche Kinder zu zeugen, noch werden wir es schaffen, die pharmazeutische Industrie davon zu überzeugen, künftig keine lebensnotwendigen Arzneimittel mehr auf den Markt zu bringen.

Ganz egal, wie wir es drehen und wenden: Marktsituationen verändern sich. Mehr noch: Die Dynamik einer Ökonomie lässt sich nicht aufhalten, weder innerhalb einer Mikroökonomie, noch bei Volkswirtschaften, wie es bei Staaten der Fall ist.

Unter diesen Umständen wird es schwierig werden, die erreichte Lebensqualität im viertstärksten Industrieland der Erde auf Dauer zu sichern.

Die Bundesrepublik benötigt langfristig über 600 000 mehr Zuzugsabwanderer. Und das jährlich.⁵ Doch Zuwanderung alleine genügt nicht, schließlich kann eine sinnvolle Immigration nur

dann funktionieren, wenn diese Zuwanderer in der Lage sind, sich finanziell selbst zu tragen und gleichzeitig für Steuereinnahmen sorgen. Deutschland sollte sich daher einer aktiven Einwanderungs-Politik nicht versagen.

Neben gut ausgebildeten Fachkräften mangelt es unserem Staat in erster Linie an Unternehmensneugründungen. Obwohl gerade dieser Bereich den Wirtschaftsmotor eines Landes zu einem wesentlichen Anteil mit frischer Energie bestückt, belegt Deutschland bei Unternehmensneugründungen weltweit nur einen der hintersten Plätze.

Während beispielsweise in Großbritannien jährlich in etwa 450 000 Unternehmensneugründungen durchgeführt werden, waren es 2012 in Deutschland lediglich etwas mehr als 69 000.⁶

Zu dieser alarmierenden Schlussfolgerung kommt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Hochschule Coburg im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.

Der Grund für diese Zurückhaltung scheint vor allem kulturell bedingter Natur zu sein. So besitzen die Deutschen eine besonders stark ausgeprägte Angst davor, mit ihrem Unternehmen zu scheitern. Doch weniger Firmen bedeuten auch weniger Arbeitsplätze, weniger Steuern, weniger Innovationen und damit einen schleichenden Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Eine Spirale, die gefährlich abwärts zeigt.

Natürlich bedeuten Unternehmensneugründungen nicht automatisch eine prosperierende Volkswirtschaft. Dafür sind viele weitere Faktoren mitentscheidend, jedoch stellt die schiere Zahl von neu gegründeten Firmen eine Art Nährboden dar, auf dem eine gesunde Ökonomie gedeihen kann.

Anders ausgedrückt: Wenn Deutschland weiterhin wachsen möchte, wirtschaftlich auch in Zukunft zu den stärksten Ländern weltweit zählen soll, brauchen wir dafür eine entsprechen-

de Grundlage. Falls es allerdings so weitergeht wie bisher, entwickelt sich kein fruchtbarer Boden, viel schlimmer noch: Wir verwandeln uns schrittweise in eine volkswirtschaftliche Wüste, in der Wohlstand und Lebensqualität, wie wir sie heute kennen, völlig austrocknen werden.

Wenn also Unternehmensneugründungen als eine Kennzahl gesamtwirtschaftlicher Dynamik zu betrachten sind, und der typische Deutsche dem Unternehmertum bestenfalls kritisch gegenübersteht, muss in der wirtschaftlichen Landschaft dieses Landes einiges passieren, damit unsere nachfolgenden Generationen nicht die Rechnung für die derzeitige Entwicklung allzu gesalzen präsentiert bekommen. Damit es nicht dazu kommt, benötigt Deutschland neue Unternehmer und Manager, die kein Risiko scheuen.

Wenn die deutsche Mentalität also unternehmerische Risiken tendenziell eher scheut, brauchen wir Menschen aus anderen Ländern. Personen, die nicht nur willens sind, sich vollends zu integrieren, sondern auch die entsprechenden Voraussetzungen dafür mitbringen. Damit diese Menschen in unserem Staat überhaupt sesshaft werden wollen, müssen sie in Deutschland erst eine geeignete Landschaft vorfinden.

Ich drücke es an dieser Stelle direkt aus: Bevorzugt muss Deutschland aufgeklärten, kapitalistisch denkenden Menschen seine Grenzen öffnen.

Möglichst im Vorfeld sollten sie bereits unsere Sprache beherrschen, um sich rasch integrieren und auf das Arbeitsleben konzentrieren zu können. Das heißt, unsere heimische Wirtschaft muss den Zuzug von Immigranten zum frühestmöglichen Zeitpunkt fördern, und diese neuen Bürger auch nach ihrer Ankunft aktiv unterstützen.

Ich spreche hier nicht nur von Flüchtlingen, sondern von Immigration aufgeklärter, kapitalistisch denkender Menschen, die in Deutschland eine Chance sehen, ihre Ideen und Innovatio-

nen gewinnbringend umzusetzen. Dieser Punkt geht weit über die Flüchtlingsfrage hinaus. Wir müssen die Kriegsflüchtlinge in unserem Land integrieren, damit aus diesen Menschen die Steuerzahler von morgen werden, keine Frage. Doch gleichzeitig gebe ich mich nicht der Illusion hin, unter diesen Flüchtlingen nur Top-Fachkräfte und hervorragende künftige Unternehmer zu finden, die unser Land großflächig mit ihrem Know-how bereichern. Dieses Denken wäre hochgradig naiv. Die Betreuung einer gezielten Immigrationspolitik bleibt aus diesem Grund auch in Zukunft eine unserer wesentlichen Aufgaben, um hoch talentierte ausländische Arbeitskräfte und Unternehmer nach Deutschland zu holen. Damit dies funktioniert, sollten diese Personen bereits im Vorfeld die deutsche Sprache lernen, unsere Kultur kennen und außerdem einen Einblick erhalten, welche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sie zu erwarten haben. Diese Forderungen können nicht auf rein politischem Wege gelöst werden. Vielmehr benötigt dieser Schritt die Unterstützung der deutschen Wirtschaft, also Unternehmen, die den Zuzug hochpotenzieller Führungskräfte bereits zum frühesten Zeitpunkt fördern und deren Integration in unser System nach Ankunft aktiv begleiten. Diese wichtige Aufgabe dürfen wir nicht nur dem Staat überlassen. Die Aufgabe der Politik wird es sein, solcherart Bestrebungen heimischer Firmen mit entsprechenden Anreizen zu unterstützen, um diese Entwicklung anzustoßen. Diese können in Form von finanziellen Förderungsmaßnahmen erfolgen, beispielsweise als Kostenbeteiligungen für Integrationsmaßnahmen wie Deutschkurse, oder steuerlicher Begünstigungen für diese Unternehmen. Die Umsetzung, also die Auswahl aussichtsreicher Kandidaten, die umfangreiche Vorbereitung sowie die Unterstützung nach der Immigration sollte allerdings bestmöglich von den Betrieben selbst durchgeführt werden.

An dieser Stelle möchte ich ganz klar von Zuwanderungen im Rahmen der aktuellen Flüchtlingspolitik unterscheiden. Ob der

Verteilungsschlüssel der Aufnahme von politisch verfolgten Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union gerecht gewählt wird oder – aus deutscher Sicht – zu einer Belastungsprobe werden könnte, ist ein wichtiger Aspekt, der auf höchster politischer Ebene hinreichend und in alle Richtungen diskutiert werden sollte. In diesem Buch konzentriere ich mich jedoch ausschließlich auf Chancen und Risiken der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands. In diesem Kontext verstehe ich Immigration ausländischer Fach- und Arbeitskräfte sowie deren Familien als eine wichtige Maßnahme, die weltweit hohe wirtschaftliche Bedeutung dieses Landes nachhaltig zu sichern.

Nach aktuellen Zahlen leben in Deutschland rund sieben Millionen Ausländer und etwa 8,6 Millionen Menschen mit Einwanderungshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft.⁷

Also ein Fünftel aller in diesem Land lebenden Menschen wurde nicht in Deutschland geboren. Bei der Altersgruppe unter fünf Jahren fällt bereits jeder Dritte in diese Kategorie.

Doch wie sieht es in anderen europäischen Ländern aus? Während viele Staaten in Europa ähnliche Zahlen in der Migrationsstatistik aufweisen, besitzen in der Schweiz sogar 35 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund.⁸

Zuwanderungen gab es schon immer. Dieses Thema ist in etwa so alt wie die Menschheit selbst. Ebenso wie die Unsicherheiten, die entstehen, wenn unterschiedliche Kulturen miteinander auf engem Raum leben oder neue Mitglieder zu einer Gruppe hinzustoßen. Plötzlich tauchen Ängste um den Arbeitsplatz auf oder die Furcht vor Unterwanderung traditioneller Werte nimmt zu. Diesen Herausforderungen muss sich jeder Staat stellen, keine Frage. Doch statt dagegen zu poltern, sollten wir uns besser damit auseinandersetzen, wie wir mit Immigration sinnvoll umgehen wollen, um eine möglichst reibungslose Integration zügig umzusetzen.

Wie ich am eigenen Leib erfahren durfte, besteht gerade in der deutschen Bildungspolitik ein gewaltiger Aufholbedarf.

Den aktuellen Studien zufolge hat sich das Bildungsniveau der in jüngerer Zeit nach Deutschland gekommenen Mitbürger spürbar verbessert.

Doch dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, wie viel in diesem Bereich noch im Argen liegt. Vor allem die Folgen der verpass-ten Integrationsangebote der vergangenen vierzig Jahre im Bildungsbereich spüren wir noch immer in allen Sektoren. Insbesondere die Migranten der ersten Generation wurden gegenüber der restlichen Bevölkerung in Deutschland von Anfang an benachteiligt. Gerade im Deutschunterricht ging das deutsche Schulsystem ausschließlich von muttersprachlichen Familien aus. Bei Zuwanderern versagte es völlig, und Kinder mit Migrationshintergrund blieben damals schlicht und einfach auf der Strecke und man steckte sie entweder in die Sonderschule oder sie erlebten ihre Schulzeit lediglich als Zaungäste.

Auch ihre Kinder und Enkel konnten bislang die Lücke nicht schließen. Erst die jüngsten Generationen ausländischer Zuwanderer profitieren von den zaghaften Versuchen des deutschen Schulsystems, diesen Kindern die deutsche Sprache zu vermitteln. Diese Schritte in allen Ehren, jedoch bewegt sich die deutsche Bildungspolitik noch immer viel zu zögerlich auf diesem Terrain. So blieben die Forderungen nach einer einheitlichen Regelung von Deutschkursen für Kinder mit Migrationshintergrund weitgehend ungehört. Lediglich wenige positive Beispiele blitzen hier wie einzelne Leuchtfeuer auf. So bietet beispielsweise das Goethe-Institut Materialien für Schulen und Kindergärten an, um sein Programm »DAF – Deutsch als Fremdsprache« einzusetzen.

Damit Deutschland als attraktiver Wirtschaftsstandort sowie bedeutender Handelspartner weiterhin bestehen kann und, damit verbunden, der Wohlstand der deutschen Bevölkerung

auf einem international hohen Niveau erhalten bleibt, benötigen wir dringend funktionierende und damit gleichzeitig nachhaltige Konzepte einer sinnvollen Immigrations- sowie Integrationspolitik.

Versäumen wir diese Entwicklung, bewegen wir uns schrittweise auf den Status eines Entwicklungslandes zurück. Mit einer überalterten Bevölkerung, mit einer gemessen geringen Geburtenrate und gleichzeitig historisch hoher Abwanderung hochqualifizierter einheimischer Arbeitskräfte in jene Länder, die ihre Hausaufgaben bereits gemacht haben.

Ein grundlegendes Umdenken der Deutschen in ihrem Verhalten gegenüber Zuwanderern ist erforderlich.